Stadtvertretung Neubrandenburg

18. Dezember 2015
Lip./Ch.

Niederschrift

über die 14. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 10. Dezember 2015
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn:	15:00 Uhr		
Ende:	16:35 Uhr		
Unterbrechungen:	-		
Anwesenheit:	Soll:	42	**Mitglieder der Stadtvertretung**
	Ist:	38	**Mitglieder der Stadtvertretung**
		90,48	**%**
Entschuldigt fehlten:	Ratsfrau **Erb** (SPD) Ratsherr **Fanselow** (fraktionslos) Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) Ratsherr **Messner** (CDU)		
Unentschuldigt fehlten:	-		

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Witt**, Oberbürgermeister
Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Frau **Kunert**, 2. Stellvertreterin

I. Eröffnung und Begrüßung

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, eröffnet die 14. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Es gibt keine Fragen vonseiten der Einwohner.

Ratsfrau **Parlow** schließt die Einwohnerfragestunde.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- **Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung**
- **Feststellung der Anwesenheit**

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 2. Dezember 2015).
Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 13. Sitzung der Stadtvertretung am 22. Oktober 2015

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

VI/403 Informationsvorlage
Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert zum Radfahren in der Turmstraße. In der Präsidiumssitzung sei mitgeteilt worden, dass sich die Fraktionen mehrheitlich dafür aussprechen, das Radfahren in der Turmstraße zu jeder Zeit zu gestatten. Die Verwaltung weise darauf hin, dass die derzeitige Ausbausituation der Turmstraße nicht dazu geeignet sei, Radverkehr jederzeit möglich zu machen. Deshalb schlage die Verwaltung vor, das Thema im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am 18. Januar 2016 erneut zu behandeln und einen gemeinsamen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Dabei sei zu bedenken, dass es am 25. November zu einem Fahrradunfall auf der Turmstraße kam.

Weiter bezieht er sich auf die Mitgliederversammlung des 1. FCN. Der Schuldenstand des Vereins liege aktuell bei 105 TEUR. Bedingung der Stadtwerke zur Wiederaufnahme des Sponsorings sei ein Haushaltsplan für das Jahr 2016 und die Maßgabe, dass mit den Sponsorengeldern der Stadtwerke keine Altschulden des Vereins getilgt werden. Der Wirtschaftsplan des 1. FCN für das Jahr 2016 liege mittlerweile vor und sehe einen geringen Überschuss vor. In diesem Wirtschaftsplan seien viele Fragezeichen, gerade was die Sponsorengelder betrifft. Die entsprechenden Verhandlungen stehen noch aus. Bezüglich der Verbindlichkeiten, die mit einem kurzfristig zu erlangenden Darlehen bedient werden müssen erarbeiten die Verwaltung, die Stadtwerke und der Verein derzeit eine Konstellation. Bis zum 31.12.2015 wolle der Verein einen Plan vorlegen, wie die Altschulden getilgt werden können.

Des Weiteren nimmt er Bezug auf ein Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport bezüglich der Arbeit des beratenden Beauftragten. Danach soll eine erste Verständigung zwischen PWC und dem Ministerium am 11. Januar 2016 stattfinden. Dementsprechend werde die Lenkungsgruppe der Stadt und der Stadtvertretung erst Ende Februar 2016 tagen können. Ab diesem Zeitpunkt werde auch erst eine Konsolidierungsvereinbarung ausgearbeitet werden können. Weiter zitiert er das Schreiben: „Gleichwohl sollen der Stadt Neubrandenburg aus der Verfahrensverzögerung keine finanziellen Nachteile erwachsen. Ich bin daher unter Würdigung der bisherigen Konsolidierungsanstrengungen der Stadt bereit, die Einbeziehung des Finanzergebnisses 2015 in die abzuschließende Konsolidierungsvereinbarung wohlwollend zu prüfen, sofern auch 2015 im Rahmen der Haushaltsausführung

eine Verbesserung des Ergebnisses gegenüber der Haushaltsplanung 2015 erreicht wird." D. h. im Februar 2016 können in der Lenkungsgruppe die weiteren Konsolidierungsbemühungen mit den Ergebnissen des beratenden Beauftragten besprochen werden.

Weiter informiert Herr Witt zur Situation der Flüchtlinge und Migranten in der Stadt. Die Kirschenallee 26 könne am 15. Februar 2016 bezogen werden und biete eine Herberge für 99 Bewohner. Eine weitere Option für eine Gemeinschaftsunterkunft sei die John-Schehr-Straße 13. Dazu liege bereits ein Bauantrag vor. Der Landkreis müsse mit dem Innenministerium klären, was aus der Notunterkunft in Fünfeichen wird. Werde Fünfeichen eine Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises, dann würde die Option John-Schehr-Straße und weitere Optionen, die der Landkreis prüft, wegfallen. Derzeit befinde er sich mit Herrn Rautmann, vom Landkreis, und Herrn Stein, vom Staatlichen Schulamt, im Gespräch, was die Beschulung der Schülerinnen und Schüler betrifft. Ein gemeinsames Treffen zwischen Staatlichem Schulamt, Landkreis, Stadtverwaltung Neubrandenburg und den Grundschulen werde im Januar stattfinden. Dort werde eine Lösung erarbeitet.
Am 31.12.2014 befanden sich 1.816 Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund in der Stadt Neubrandenburg. Heute seien es 2.498 Menschen. Insgesamt leben heute 64.237 Menschen, 200 mehr als am 31.12.2014, in der Stadt Neubrandenburg.
Es sei angekündigt worden, dass ein Kostenträger für die zusätzlichen Aufwendungen der Flüchtlingshilfe eingerichtet werde. Aktuell sei dieser Kostenträger mit ca. 10 TEUR, vor allen Dingen für Unterrichtsmittel und die anteiligen Personalkosten für die Stelle des Migrationsbeauftragten, in Anspruch genommen worden.
Sollte es zwischen den Feiertagen dazu kommen, dass Flüchtlinge oder Menschen mit Migrationshintergrund, mit oder ohne Aufenthaltstitel, in die Stadt Neubrandenburg kommen, sei ein Verfahren mit dem ASB in Fünfeichen besprochen worden. Die Menschen sollen zunächst, egal welchen Status sie haben, erstmal in der Unterkunft Fünfeichen untergebracht werden. Dort werde der jeweilige Status geprüft und entweder eine Unterbringung im Obdachlosenheim, eine Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises oder, sofern sie noch nicht registriert wurden, eine Unterkunft in Fünfeichen erfolgen.

Ratsherr **Mantseris** (B90/Grüne_Piraten) bezieht sich auf das Klimaschutzkonzept der Stadt Neubrandenburg. Einen Entwurf dazu gebe es seit Juni 2014 und seither sei nichts mehr passiert.
Fragen:

- Inwiefern kann mit einem Zeitplan zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes gerechnet werden?
- Inwieweit ist damit zu rechnen, dass die Zahlen aktualisiert werden?
- Ist eine öffentliche Beteiligung vorgesehen?

Herr **Witt** habe diesen Auftrag bereits aus der Präsidiumssitzung mitgenommen und in der Dienstberatung besprochen.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachennummer VI/408.

Ratsherr **Blasewitz** (fraktionslos) habe das Herbstfest der Hintersten Mühle besucht und bedankt sich bei den Organisatoren. Allerdings regt er an, die Parkplatzsituation zu ändern, da es kein Vor und kein Zurück gab.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachennummer VI/409.

Weiter bezieht sich Ratsherr **Blasewitz** auf die Schule auf dem Lindenberg, die nun eingezäunt ist. Er bittet um Informationen dazu.

Herr **Renner**, Abteilungsleiter Wirtschaft, Stadtentwicklung und Wohnen, informiert, dass es einen Bauantrag für die Schule auf dem Lindenberg gibt. Dieser werde derzeit in der Verwaltung bearbeitet. Das Objekt soll in Kürze durch den Eigentümer abgerissen werden.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf die Baumfällungen an der Konzertkirche. 20 TEUR seien für die neuen Bäume aufzubringen. Sie sei von den Bürgern beauftragt worden, den Nordkurier zu bitten, einen Aufruf an alle Unternehmen der Stadt zu starten, einen Baum zu spenden. Die 20 TEUR, die eigentlich für die Bäume angedacht sind, könnte man sehr gut für die Spielplätze oder Grünanlagen an Schulen verwenden.
Es könnte ein Schild aufgestellt werden, welche Unternehmen gespendet haben.

Ratsherr **Münzberger** (SPD) nimmt Bezug auf die B104 (Woldegker Straße) stadtauswärts. Der Fuß- und Radweg quere die erste Abfahrt in die Oststadt. Dort sei keine Markierung angebracht. Er bittet so schnell wie möglich ein „Achtungszeichen" aufzustellen.

Herr **Witt** macht darauf aufmerksam, dass es sich um eine Bundesstraße handelt. Gleichwohl nehme er die Hinweise auf und werde diese Information dem Straßenbauamt zur Verfügung stellen.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bezieht sich auf den Aufruf von Ratsfrau Bittkau und finde die Idee nicht schlecht. Er möchte wissen, was ein Baum kostet.

Insgesamt seien 17 Neupflanzungen mit einer Summe von ca. 20 TEUR geplant, so Herr **Schwabe**, Betriebsleiter SIM. Ein Baum koste zwischen 1.000 EUR und 1.200 EUR. Es sollen große Bäume mit einem Stammumfang von 30 cm bis 35 cm und einer Höhe von 4 Meter bis 5 Meter gepflanzt werden.
Für die Grabung der Pflanzgruben und die archäologische Begleitung kommen zusätzliche Kosten von ca. 7 TEUR hinzu, die nicht in den 20 TEUR enthalten sind.

Am Montag seien die Abfallgebühren im Kreis beschlossen worden, so Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE). Diese Abfallgebühren treffen auch viele Eigenheimbesitzer bzw. Vermieter. Er bittet in der Januarausgabe des Stadtanzeigers auf die Satzung einzugehen und einen Hinweis zu geben, wie die Eigentümer an die Ermäßigung kommen, die noch bis zum 30. Juni 2016, rückwirkend zum 1. Januar 2016, möglich ist.

Diese Anregung nehme Herr **Witt** auf.

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, lädt, auch im Namen des Oberbürgermeisters, alle Bürgerinnen und Bürger, sowie alle Ratsfrauen und Ratsherren am Montag, dem 4. Januar 2016, 17:00 Uhr, zum 26. Bürgerempfang in die Konzertkirche ein.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Die Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Parlow**, informiert, dass der Oberbürgermeister beantragt, den Tagesordnungspunkt 9

VI/388 Annahme einer Spende für das 4. Quartal 2015

zu streichen.

Begründung:
Herr **Witt**, Oberbürgermeister, informiert, dass erst Ende nächster Woche mit dem TÜV für das Spielgerät gerechnet werden könne. So wie im Hauptausschuss vereinbart, werde die Vorlage dann vorgelegt, wenn das Spielgerät im technisch einwandfreien und korrekten Zustand ist.

Weiter bittet Ratsfrau **Parlow**, 2 Änderungsblätter nachzutragen zum **Tagesordnungspunkt 1**

VI/343 **Doppischer Haushaltsplan 2016**
(jetzt 3 Änderungsblätter)

Des Weiteren schlägt sie vor, die Tagesordnungspunkte **1 und 2** (Doppischer Haushaltsplan 2016 - Bände 1 bis 4) sowie **7 und 8** (Gebührenkalkulation und Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Außerdem werde Rederecht beantragt für die Tagesordnungspunkte 7 und 8 für die Herren Hanson, Karn und Lunemann von den Neubrandenburger Stadtwerken sowie für den Tagesordnungspunkt 5 – Liquidation NEUMAB-WQG für Herrn Benischke von der neuwoges.

Abstimmung über das Rederecht für:

die Herren Hanson, Karn und Lunemann: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Herrn Benischke: Dem Rederecht wird mehrheitlich zugestimmt.

Ratsfrau **Schewe** (SPD) zeigt Mitwirkungsverbot zum Tagesordnungspunkt 16 (VI/380) an

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

Die Tagesordnungspunkte 1 und 2 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 1 **VI/343**
2. Lesung
3 Änderungsblätter

Doppischer Haushaltsplan 2016
Band 1 Haushaltssatzung und Anlagen
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt
Band 2 Stellenplan
Band 3 Wirtschaftliche Unternehmen
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Finanzausschuss:	9 Dafürstimmen
Betriebsausschuss:	Abstimmung nur zum Band 3.2 – einstimmig dafür
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:	10 Dafürstimmen
Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport:	10 Dafürstimmen, 1 Stimmenthaltung
Kulturausschuss:	9 Dafürstimmen

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, macht darauf aufmerksam, dass im 3. Änderungsblatt ein Fehler unterlaufen ist. Die Entnahme aus der Kapitalrücklage beträgt 354.600 EUR (statt

364.400 EUR). Das sei in der beigefügten Haushaltssatzung unter 1 C und im Ergebnishaushalt in der Zeile 30 zu finden. Er bittet, den Fehler zu entschuldigen.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf 2016 sei sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt bereits zum zweiten Mal in Folge jahresbezogen ausgeglichen, so Ratsherr **Lundershausen** (DIE LINKE). Dabei sei allerdings zu bemerken, dass der Ausgleich im Ergebnishaushalt nur durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 354.600 EUR erreicht werde. Der positive Saldo im Finanzhaushalt von 2.519.100 EUR reiche aus, um die ordentliche Tilgung von 2.323.300 EUR zu decken. Es verbleibe somit ein tatsächlicher Überschuss im ordentlichen Finanzhaushalt von 195.800 EUR. Die Forderung des Innenministeriums nach einem unterjährig ausgeglichenen Haushalt sei somit erfüllt. Das sei ohne weitere Steuererhöhungen gelungen.
Seit Frühjahr 2015 gebe es einen beratenden Beauftragten. Dieser sei jedoch bisher noch nicht haushaltswirksam mit seinem Ergebnis geworden und auch bis heute liegen noch keine Resultate vor.
Bezüglich der Bitte zur Information des Finanzausschusses über die Tätigkeit des Beauftragten habe es nur abschlägige Hinweise gegeben.
Die gebildete Lenkungsgruppe werde ihre ersten Erkenntnisse aus der Tätigkeit des Beauftragten erst im Januar 2016 entgegennehmen können. So sollte eine Zusammenarbeit seiner Meinung nach nicht aussehen.
Der erreichte Haushaltsausgleich sei nur aufgrund der Fortführung der Konsolidierungsbemühungen gelungen. Die Mittelfristplanung zeige, dass dieser Konsolidierungskurs auch weiterhin konsequent beschritten werden muss. Der unterjährige Haushaltsausgleich könne mittelfristig nur im Ergebnishaushalt 2018 nicht dargestellt werden. Hintergrund sei die Hinfälligkeit von zwei Investitionskrediten in diesem Jahr. Auch dadurch werde deutlich, dass nur durch die weitere konsequente Haushaltskonsolidierung die gesetzlichen Vorgaben an kommunale Haushalte erfüllt werden können. Erst wenn dies gelingt, können Freiräume geschaffen werden, um neue Projekte und Förderungen im freiwilligen Bereich durchzuführen. Der strikte Konsolidierungskurs zeige sich auch im stetigen Abbau von Stellen. Dies bestätigte das Innenministerium bereits mehrfach. Auch 2016 könne eine weitere Stellenreduzierung erfolgen. Die Anzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen sinke gegenüber dem Jahr 2015 um 11 VZÄ auf 390 VZÄ. Dass weiterhin große Anstrengungen unternommen werden müssen, um Haushalte vorzulegen, die Überschüsse ausweisen, zeige ein Blick auf die Kassenkredite. Der Höchstbetrag der Kassenkredite werde mit dem Haushaltsplanentwurf auf 98 Mio. EUR festgesetzt. Der zum 31.12.2016 ausgewiesene Anstieg des Kassenkredites von 329.800 EUR resultiere aus der Anschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehr aus in Vorjahren zugeflossenen Investitionszuwendungen. Diese werden zurzeit liquiditätsstärkend eingesetzt. Ohne diese Investitionen wäre ein Abbau des Kassenkredites von 350.800 EUR zu verzeichnen. Es werde enorme Anstrengungen brauchen, um die Altfehlbeträge abzutragen. Dabei werden die in Aussicht gestellten Mittel aus dem Konsolidierungsfonds auch einen großen Anteil haben. Auch wenn es mit dem vorliegenden Planentwurf nicht gelungen ist, deutliche Überschüsse im Ergebnis im Finanzhaushalt darzustellen, werbe er dafür, dem Haushalt in der vorliegenden Fassung zuzustimmen, auch im Hinblick auf eine möglichst kurze Zeit der vorläufigen Haushaltsführung und die damit zusammenhängende Auszahlung der Zuschüsse an Vereine und Verbände. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, welche Verbesserungen im Umgang mit den Vereinen und Verbänden unternommen werden können. Gerade die ehrenamtliche Arbeit erhalte die Stadt am Leben und mache die Stadt lebenswert. Es sollte gemeinsam daran gearbeitet werden, eine andere Kultur als in den vergangenen Jahren zu erreichen. Er erinnert, dass in den Vereinen und Verbänden auch mit dem 01.01.2016 das neue Jahr beginnt und Zahlungsverpflichtungen fällig werden. Er erwarte zukünftig im Interesse der Ehrenamtlichen, gemeinsam Lösungen dafür zu finden.
Er bedankt sich bei all denen, die am Entstehen des vorliegenden Haushaltsplanentwur-

fes mitgearbeitet haben. Dies treffe vor allen Dingen auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzbereiches zu. Die Anzahl der vorgelegten Änderungsblätter und Vorlagen zeige deutlich, wie angespannt an einem ausgeglichen Haushaltsentwurf gearbeitet wurde. Der vorliegende Entwurf sei nur durch das gemeinsame Miteinander aller entstanden und sollte heute auch mit einer Bestätigung durch die Stadtvertretung zum Erfolg führen.

Angesichts der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen liege vor uns ein „Haushalt voller Schmerzen", so Ratsherr **Dr. Northoff** (SPD). Jedoch gaben sich alle Mühe und seien bestmöglich zusammen gerückt, um diese Aufgabe zu bewältigen.
Die Fraktion der SPD habe immer einen besonderen Blick auf die soziale Situation und auf den sozialen Aspekt. Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister sei die Möglichkeit genutzt worden, an den freiwilligen sozialen Leistungen nachzubessern. Die Fraktion der SPD gehe davon aus, dass davon auch die kleinen Träger profitieren können.
Er stimme Ratsherrn Lundershausen zu, dass es schön wäre, wenn der Haushalt so umgesetzt werden kann, dass die Förderungen nicht erst zur Mitte des Jahres erfolgen, sondern rechtzeitig ankommen.
Es gebe weiteren Diskussionsbedarf, aber die große Richtung stimme aus Sicht der Fraktion der SPD. Die Details müssen ohnehin in den einzelnen Ausschüssen nachgesteuert werden. Der Haushalt sei nun ausgeglichen, jedoch können die Entnahmen aus der Kapitalrücklage kein Dauerzustand werden. Daran müsse gearbeitet werden.
Die Fraktion der SPD warte ebenfalls auf die Rückmeldung von PWC. Die Vorschläge von PWC werden zur Konsolidierung des Haushaltes benötigt. Solange nicht genau bekannt ist, unter welchen Bedingungen es Bonuszahlungen gibt, könne sich nicht darauf eingestellt werden. Grundsätzlich werde ein solcher Vorschlag befürwortet, aber es werde sorgfältig geprüft, inwieweit diese Bedingungen tolerabel sind und wie sie bestmöglich erfüllt werden können.
In den letzten Jahren sei im Laufe des Jahres in Arbeitsgruppen die Haushaltsplanung begleitet worden. Das sei etwas „eingeschlafen" und er bittet den Oberbürgermeister, das wieder zu aktualisieren.
Trotz einiger Bedenken halte die Fraktion der SPD diesen Haushalt für zustimmungsfähig.

Der Haushalt 2016 liege der Stadtvertretung pünktlich im Dezember 2015 zur Beschlussfassung vor, stellt Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) fest. Nach zwei Jahren des jahresbezogenen Haushaltsausgleichs sei nun sogar ein kleiner Überschuss zur Tilgung der Altschulden im Haushaltsplan ausgewiesen. Das sei ein erfreuliches Ergebnis. Dabei dürfe jedoch nicht übersehen werden, dass wesentliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite durch Steuererhöhungen und Erhöhung der Gewinnausschüttung der beiden großen kommunalen Gesellschaften erreicht wurden (insgesamt ca. 3,8 Mio. EUR). Mit dem zweiten Änderungsblatt, der Mehrgewinnausschüttung durch die Neuwoges, sogar ca. 4,2 Mio. EUR. Diese Mehreinnahmen werden zum größten Teil jedoch nicht zur Haushaltkonsolidierung eingesetzt, sondern finanzieren die Ausgaben des laufenden Haushalts. Die Anforderungen an den Haushaltsplan haben sich in wichtigen Punkten geändert. Eine wesentliche Kostensteigerung müsse in Bezug auf die an den Kreis zu zahlende Kreisumlage hingenommen werden (ca. 1,8 Mio. EUR). Kostensteigerungen werden mit diesem Haushaltsplan auch im sogenannten freiwilligen Bereich hingenommen. Diese Positionen musste sich die Stadtvertretung in den letzten Jahren hart erkämpfen und trägt sie nun, auch unter den Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung, gerne mit. Denn diese Positionen werden dafür eingesetzt, den sozialen Frieden in der Stadt zu stärken und die Theater- und Orchesterlandschaft zumindest in wesentlichen Teilen zu erhalten. Daneben hatte die Beauftragung eines beratenden Beauftragten durch das Innenministerium eine bestimmt Erwartungshaltung initiiert. Das beratende Unternehmen würde uns Konsolidierungspotentiale aufzeigen, die sich wiederum in Einsparungen für den laufenden

Haushalt niederschlagen würden und das bereits in 2016, so die Hoffnung aller, während der ersten Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden. Bis heute habe die Lenkungsgruppe zur Besprechung dieser Einsparvorschläge jedoch noch nicht getagt, sodass auch für den Haushalt des kommenden Jahres allein die Verantwortung übernommen werden müsse, was auch gewollt sei. Unter Betrachtung all dieser Umstände könne man mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf zufrieden sein. Die Fraktion der CDU werde dem Haushalt 2016 in der vorliegenden Fassung Zustimmung erteilen.
Die Haushaltslesung fand dieses Jahr zunächst unter erschwerten Bedingungen statt, da einige Haushaltsbände wegen eines Fehldrucks nur über Kopf zu lesen waren. Die Verwaltung habe jedoch schnell reagiert und die fehlerhaften Bände ausgetauscht. Eine besondere Herausforderung stellen jedes Jahr die Änderungsblätter dar, welche mühsam in die jeweiligen Haushaltsbände eingeordnet werden müssen. Wenn dann aber im Text des Änderungsblattes der Hinweis auf den Austausch der Seiten 27 und 28 erfolgt, so werden diese Seiten in den Änderungsblättern vergeblich gesucht. Diese seien nämlich neu durchnummeriert und tragen nunmehr die Seiten 10 und 11 des Änderungsblattes. Wenn die Ratsfrauen und Ratsherren auch zukünftig konstruktiv an der Aufstellung des Haushaltes mitwirken sollen, bittet sie die Verwaltung, den Stadtvertretern diese Aufgabe zu erleichtern und die auszutauschenden Blätter einfach mit „27 neu" und „28 neu" zu kennzeichnen.

Auch die Fraktion B90/Grüne_Piraten werde den Haushalt unterstützen, informiert Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten). Der ausgeglichene Haushalt sei die Voraussetzung dafür, dass die Stadt handlungsfähig bleibt, auch für freiwillige Leistungen, die das Profil der Stadt mitbestimmen. Dieser Spielraum müsse erhalten bleiben, nicht nur für die großen Posten, sondern auch für Vereine und Initiativen kultureller und sozialer Art.
Folgende Punkte erscheinen der Fraktion für künftige Haushalte wichtig:

- Teile des Haushalts als Bürgerhaushalt auszuweisen
- mehr Transparenz des Haushalts

Für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Kommune, die einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleistet, sollte den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, aktiver in die Gestaltung und in die Weiterentwicklung des Haushaltes und der Geschicke der Stadt einzugreifen. Hierzu könne der Bürgerhaushalt als Teilhabemodell eine bedeutende Grundlage bilden. Bürgerinnen und Bürgern werde so die Möglichkeit gegeben, sich an der Stellung des Haushalts zu beteiligen, Haushaltsprodukte zu präferieren oder zu streichen und die Debatten zu bereichern. Immerhin seien Finanzfragen die Grundlage vieler kommunalpolitischer Entscheidungen. Gelder, die für ein Ziel eingesetzt werden, stehen für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung. D. h. auch jede Entscheidung, Mittel für bestimmte Ziele einzusetzen sei auch die Entscheidung andere Ziele aufzugeben oder aufzuschieben.
Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern könne sowohl Verwaltung als auch Stadtvertretung wertvolle Informationen und Impulse geben. Und die Entscheidungsfindung beim Verabschieden des Haushaltes könne auf ein breiteres Fundament aufgebaut werden, wobei die Entscheidung über den Haushalt natürlich weiterhin der Stadtvertretung obliegen werde und nicht der gesamte Haushalt als Bürgerhaushalt organisiert werden kann. Immer mehr Städte und Gemeinden führen Beteiligungsverfahren zum kommunalen Haushalt ein. Über 70 Kommunen, Landkreise und Bezirke in Deutschland haben im vergangenen Jahr entweder einen Bürgerhaushalt eingeführt oder beteiligen ihre Bürgerinnen und Bürger zum wiederholten Male an der Aufstellung des kommunalen Haushaltes. Sie geben damit den Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit, ihre Ideen einzubringen und zu diskutieren, wofür die Gelder in ihrer Kommune ausgegeben werden sollen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Transparenz schaffe Vertrauen der Bürger in die Politik und Information befähige zu Verständnis und Einschätzung der Entscheidungsprozesse in der Politik. Beteiligte Bürger identifizieren sich mehr mit ihrer Stadt, es werde das politische Engagement gefördert, vielleicht helfe auch der Dialog bei der Ver-

waltungsmodernisierung und insbesondere werden Entscheidungen eine höhere Akzeptanz finden, wenn Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind.
Die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger setze jedoch auch voraus, dass sie sich auch in den Haushaltsplan einarbeiten können. Das sei nicht einfach und erfordere Zeit und einige Kenntnisse. Daher kommen kein Bürgerhaushalt und eigentlich auch keine Stadtvertretung ohne eine übersichtliche und verständliche Darstellung des Haushaltes aus. Der Taschenhaushalt könnte eine Grundlage für eine Weiterentwicklung sein. Eine Möglichkeit bestehe darin, eine verständlichere Aufarbeitung hinzubekommen, indem diese digital so aufgearbeitet wird, wie es beispielsweise in der Internetplattform www.offenerhaushalt.de gemacht werde. Dort haben bereits sieben Bundesländer und 19 Kommunen ihre Haushalte dargestellt. So könne man gezielt den Haushalt der eigenen Stadt erforschen, Änderungen können nachvollzogen werden und das Verwaltungshandeln werde transparenter. Die Fraktion B90/Grüne_Piraten sehe eine Möglichkeit, das bereits für das nächste Jahr einzuführen bei www.offenerhaushalt.de, die Zahlen des hiesigen Haushaltes einzustellen, um dann mehr Transparenz herzustellen.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen und 6 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: **253/14/15**

TOP 2 **VI/367** Doppischer Haushaltsplan 2016
2. Lesung Band 4 Städtebauliches Sondervermögen
1 Änderungsblatt Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Finanzausschuss:	9 Dafürstimmen
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:	10 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: **254/14/15**

TOP 3 **VI/384** Vergleich zwischen dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte und der Stadt Neubrandenburg über die streitige Forderung des Musikschulzweckverbandes Kon.centus gegen die Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Kulturausschuss:	9 Dafürstimmen
Finanzausschuss:	8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **255/14/15**

TOP 4 **VI/381** Zustimmung zum Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag zwischen der Stadt Neubrandenburg und der Hochschule Neubrandenburg und zur Änderung des Gesellschaftsvertrages der Zentrum für Lebensmitteltechnologie Mecklenburg-Vorpommern gGmbH
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **256/14/15**

TOP 5 **VI/401** 1 Änderungsblatt Liquidation der NEUMAB-WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Finanzausschuss: 9 Dafürstimmen

Es sei eine schwierige Vorlage, stellt Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/Grüne_Piraten) fest. Er könne das Ansinnen nachvollziehen, trotzdem sei es eine Grundsatzfrage, ob die Stadt aktiv Arbeits- und Beschäftigungsmaßnahmen unterstützen will oder nicht. Das sei eine freiwillige Aufgabe, aber es könne natürlich auch Schwerpunkt und ein Teil der Aufgabe einer großen Stadt sein. Die NEUMAB habe ein gutes Angebot gemacht, das fehlen werde, auch wenn Teile der Aufgaben an die Hinterste Mühle übertragen werden. Es sei bedauerlich, dass die Stadt selber nur noch Gestaltungsmöglichkeiten im begrenzten Umfang habe. Es gehe auch darum, Beschäftigungsqualifizierungsmaßnahmen weiterhin anzubieten. Insbesondere, wenn die Frage der Integration der Flüchtlinge betrachtet werde, wäre das ein gutes Aufgabenfeld für die NEUMAB gewesen. Das gebe es dann so nicht mehr, was er bedauere.

Ratsherr **Blasewitz** (fraktionslos) fragt nach, warum die Büroimmobilie an die Neuwoges veräußert wird.
Fragen:
- Gibt es keine Ausschreibung?
- Wieso beträgt der Kaufpreis nur 300 TEUR statt 392 TEUR?

Die Büroimmobilie werde an die Neuwoges veräußert, da die Neuwoges dort perspektivisch eine Baulanderschließung vorsieht und die Neuwoges als städtisch dafür vorgesehene Gesellschaft ein Angebot unterbreitet habe, diese Immobilie temporär als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge einzurichten, informiert Herr **Bachmann**, Beauftragter Beteiligungsmanagement. Dementsprechend sei ein Angebot an den Landkreis ergangen und somit sei ein Mietvertrag mit Zustimmung des Landes zustande gekommen. Entsprechend reduzierte sich dann auch der Kaufpreis für die Immobilie. Das sei der Ertragswert, der letztlich damit erzielt werden kann.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **257/14/15**

TOP 6 **VI/346**
1 Änderungsblatt

Annahme einer Sachspende – Planung, Bau und Installation eines zusätzlichen mobilen Spieltisches für eine Konzertorgel in die Marienkirche Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **258/14/15**

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 7 **VI/397**
1 Änderungsblatt

Gebührenkalkulation zur Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Abwassergebührensatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen
Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **259/14/15**

TOP 8 **VI/398**
1. u. 2. Lesung
1 Änderungsblatt

Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Abwassergebührensatzung)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 7 Dafürstimmen, 2 Stimmenthaltungen
Finanzausschuss: 7 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen und 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlussnummer: **260/14/15**

TOP 10 **VI/383**

Informationsvorlage
Informationen zu E-Government in der Stadtverwaltung Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 11 **VI/339** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 46
"Fachmarkt/Friedrich-Schott-Straße"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **261/14/15**

TOP 12 **VI/382** Satzung der Stadt Neubrandenburg über die Verlängerung der Veränderungssperre Nr. 20 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 10 "Bethanienberg - Süd" um ein Jahr
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlussnummer: **262/14/15**

TOP 13 **VI/385** 14. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Neubrandenburg, Teilfläche "Kulturpark - Gaststätte am See"
hier: Aufstellungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **263/14/15**

TOP 14 **VI/378** Sanierungsgebiet "Altstadt" Neubrandenburg
Einsatz von Städtebaufördermitteln für archäologische Grabungen im Quartier Markgrafenhof
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss: 10 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlussnummer: **264/14/15**

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 16:35 Uhr geschlossen.

Irina Parlow
Stadtpräsidentin

Doris Gartz
stellvertretende Stadtpräsidentin

Anne Christofzik
Protokollantin